

20.06.2013 – PM 53/2013

Verschlechterung der Entsenderichtlinie

IG BAU: Schwarzer Tag für entsandte Arbeitnehmer

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Bundesregierung auf, dem Vorschub von Sozialdumping aus Brüssel unverzüglich einen Riegel vorzuschieben. Nachdem der Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) heute (für die Red. 20. Juni 2013) der massiven Beschneidung der Rechte entsandter Arbeiter zugestimmt hat, muss die deutsche Regierung die EU-Kommission stoppen. Der Beschluss läuft darauf hinaus, dass gemäß der so genannten Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie für Arbeitnehmer das Herkunftslandprinzip zugunsten besonders übler Entsendefirmen gilt.

„Wer von diesen Firmen demnächst aus einem Niedriglohnland in ein Hochlohnland entsandt wird, hat dann nur noch Aussicht auf den meist niedrigeren Lohn in seiner Heimat statt auf den Lohn im Gastland“, kritisierte der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Die Vorstellung, dass bald Menschen aus Rumänien oder Bulgarien zu den dortigen Minilöhnen hierzulande legal arbeiten sollen, ist unerträglich. Üble Geschäftemacher haben sich in Brüssel dank ihrer Lobby durchgesetzt und reiben sich schon die Hände. Sie wittern ihre große Chance, durch organisiertes Ausnutzen der Not vieler Beschäftigter noch mehr Reichtümer zu scheffeln, in dem sie diese für die Mini-Löhne in ihren Heimatländern in ganz West-Europa herumreichen. Ein solcher Irrwitz ist den Menschen in Deutschland nicht zu vermitteln. Das Vorhaben ist eine Zumutung und widerspricht jedem Gerechtigkeitsempfinden. Die Bundeskanzlerin hat jetzt die Chance zu beweisen, dass sie ihren Einfluss in der EU nicht nur für die Banken geltend macht, sondern sich auch für die Schwächsten einsetzt. Angela Merkel hat die Möglichkeiten, die EU-Kommission in die Schranken zu weisen. Sie muss diese jetzt nutzen und die Novelle der Durchsetzungsrichtlinie komplett stoppen“, sagte Schäfers.

(1866 Zeichen)